

Verkehr – Gefangen im Akteursnetzwerk

Verkehr betrifft alle. Verkehrsthemen sind somit auch ein Dauerbrenner bei der LA21 Plus. Die Wichtigkeit dieses Thema zeigt, dass es im 23. Bezirk drei AgendaGruppen gibt, die sich direkt oder indirekt mit dem Thema auseinandersetzen:

AgendaGruppe „Radverkehr in Liesing“

Das Ziel der Gruppe ist es, die Bedingungen für den Radverkehr in Liesing zu verbessern und Radfahren als wichtiges Thema im Bezirk zu etablieren.

Konkret bedeutet dies

- sich mit dem Fahrrad sicher und bequem durch den Bezirk bewegen zu können
- ein attraktives Radwegenetz vorzufinden, welches dazu animiert für kürzere Wege auf das Auto zu verzichten und diese per Rad zurückzulegen
- und das Radfahren als Alternative zum Auto zu propagieren
- und das Klima und die Geldbörse zu schonen.

AgendaGruppe „Öffentlicher Verkehr“

Die AgendaGruppe will einerseits generelle Verbesserungsvorschläge erarbeiten, andererseits auch beispielhaft konkrete Verbesserungen für den öffentlichen Verkehr in Liesing vorschlagen. Grundsätzlich ist die Versorgung und Erreichbarkeit mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) im 23. Bezirk relativ gut. In qualitativer Hinsicht bestehen aber Mängel, z.B. beim Haltestellenkomfort, bei der Fahrplanabstimmung mit S-Bahn und U-Bahn und bei der generellen ÖV-Routenplanung.

AgendaGruppe „Ruhigeres Wohnen“

Diese Gruppe befasst sich vor allem mit der Verbesserung der Lebensqualität in den Wohngebieten durch Verkehrsberuhigung. Im 23. Bezirk gibt es viele schöne Wohngebiete, die vor einigen Jahrzehnten noch in absoluter Ruhelage erbaut wurden. Inzwischen sind diese Wohngebiete sehr oft von dem immer stärker werdenden Verkehrsaufkommen betroffen. Bewohnerinnen und Bewohner des Bezirks haben inzwischen für einige Straßen/Grätzl Verbesserungsvorschläge erarbeitet.

Schwierigkeiten

Trotz einiger Erfolge durch umgesetzte Maßnahmen kann nicht darüber hinweg gesehen werden, wie schwierig das Thema Verkehr und Mobilität für AgendaGruppen sein kann. Hauptgrund dafür ist die große Zahl unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure in diesem Themenfeld. Viele verschiedene Magistratsabteilungen, Verkehrsunternehmen und Interessensgruppen sind bei der Umsetzung von Verkehrsmaßnahmen involviert. Somit ist es für die AgendaGruppen schwierig „ins Gewicht“ zu fallen und ihre Ideen umzusetzen. Die

Erfahrungsbericht Lokale Agenda 21 Plus Wien

Gruppen gehen zu Beginn begeistert an die Planung ihrer Ideen, stoßen auf Widerstände, die sie nicht selber lösen können und verlieren manchmal die Energie weiter zu machen.

Zusammengefasst sind die wichtigsten Schwierigkeiten folgende:

- Verkehrsthemen betreffen vielen Behörden und Interessensgruppen und es braucht daher oft lange Zeit von der Idee zur Realisierung, was den Agendagruppen oft zu lange dauert (z.B. für den Bau eines Radweges können Bezirksvorstehung, MA 28, MA 31, MA 33, MA 41, MA 42, MA 46, Wien Energie, Wiener Linien, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer beteiligt sein)
- Die Agendagruppen haben kein Budget eigene vertiefte Planungen in Auftrag zu geben, um ihre Ideen auch planerisch besser zu konkretisieren und dadurch „ernst genommen“ zu werden.
- Den Agendagruppen wird unterstellt einseitig die Interessen nur bestimmter VerkehrsteilnehmerInnen zu repräsentieren. Sollen z.B. für die Errichtung eines Radweges Parkplätze reduziert werden, wird dies mit dem Argument, dass dies dem Interesse der AnrainerInnen entgegensteht, abgelehnt.

Beispiel

Die Agendagruppe Öffentlicher Verkehr schlug für die ÖV-Erschließung der hügeligen Lagen im 23. Bezirk die Einführung eines Anrufsammeltaxis vor. Zwar unterstützte der Bezirk die Idee, von Seiten der Wiener Linien wurde der Vorschlag jedoch mit den Argumenten Geldmangel und fehlender Bedarf abgelehnt. Für die Agendagruppe gab es keine Möglichkeit einer Bedarfserhebung und einer vertieften Planung, um der Einschätzung der Wiener Linien zu begegnen. Die Idee konnte somit nicht weiter verfolgt werden und führte zu einer Frustration innerhalb der Gruppe.

Fazit

Um dem ein oder anderen frustrierenden Erlebnis zu begegnen, sollte den Gruppen gleich zu Beginn ein realistisches Bild vermittelt werden, was leichter und was wahrscheinlich schwieriger umzusetzen ist.

Darüber hinaus sollte ein verstärkter Austausch zwischen den Gruppen passieren, damit Zielkonflikte bei den vorgeschlagenen Maßnahmen zwischen den Gruppen vermieden werden können.

Falls die Maßnahme von der Behörde abgelehnt wird, hat die Gruppe zumindest das Recht den Grund zu erfahren, warum die Maßnahme nicht realisiert wird. Gar kein Feedback ist bei weitem frustrierender als eine negatives. Diese Erfahrung sollte auch den Behörden rückgekoppelt werden, damit diesen auch verständlich wird, dass eine neue Form der Governancekultur auch ihnen selber nützt.

David Knapp, LA21+ Liesing